

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 131 (1965)

Heft: 7

Vereinsnachrichten: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

*Präsidentenkonferenz der SOG
am 24. April 1965 in Bern*

Die am 24. April 1965 in Bern abgehaltene Präsidentenkonferenz bezweckte, die Präsidenten der Sektionen über die von den Organen der SOG, insbesondere ihrem Zentralvorstand (ZV) und den verschiedenen Studienkommissionen, behandelten Fragen zu orientieren und Anregungen für die künftige Aktivität entgegenzunehmen.

Der Präsident der SOG, Oberst i. Gst. Allet (Sitten), zögerte nicht, in seinem Ausblick die krisenhaften Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben und in Fragen der Landesverteidigung im besonderen aufzuzeigen. Es erwies sich als richtig, daß der neue ZV ein Schwergewicht seiner Anstrengungen auf die Förderung der geistigen Landesverteidigung legte. Am Rande der sogenannten «Mirage»-Affäre zeigte es sich, daß vielerorts, auch in Offizierskreisen, der Glaube an die Lebensmöglichkeiten unseres neutralen Kleinstaates nicht immer genügend wach ist und daß andererseits gewisse Kreise das bestehende Malaise sehr aktiv für ihre Zwecke – die Ablehnung einer wirksamen Landesverteidigung – ausnützen. Die SOG unterstützt deshalb alle Bestrebungen, welche das nationale Selbstvertrauen wecken und die Verantwortung aller Bürger zu aktiver Mitarbeit in unserer Demokratie in Erinnerung rufen. Die beiden SOG-Kommissionen für die geistige Landesverteidigung sowie Rex sind die

Organe, welche diese Bestrebungen der SOG zu realisieren haben.

Eine besondere Aktivität entwickelte die *Kommission für Artillerieprobleme*, welche sich außer mit der Waffenplatzfrage Sitten mit dem Ausbau und der Anpassung unserer Artillerie insbesondere in den mechanisierten Divisionen befaßte.

Die *Kommission für Luftraumverteidigung* befaßte sich eingehend mit allen aktuellen Fragen der Ausrüstung unserer Flieger- und Fliegerabwehrwaffe und bemüht sich gegenwärtig, die Erfordernisse unserer Luftverteidigung ab 1970 abzuklären; sie hat dabei davon auszugehen, daß nur die halbe der vorgesehenen «Mirage»-Serie zur Verfügung stehen und eine Reihe von Flugzeugen wegen Überalterung ausscheiden wird.

Die *Geniekommission* widmete ihre Aufmerksamkeit vordringlich den Geniebedürfnissen, welche durch unsere mechanisierten Verbände neu entstanden sind; im Vordergrund steht der Bedarf an Mitteln, welche die Überwindung von Hindernissen im feindlichen Feuer gestatten.

Die *Kommission für Schieß- und Übungsplätze* bleibt mit den zuständigen Stellen des EMD in Kontakt, um die Realisierung der notwendigsten Übungsgelegenheiten nach Möglichkeit zu fördern. Ungelöst bleibt – obwohl es lösbar wäre! – ein Platz für unsere mechanisierten Verbände, auf dem in Bataillonsstärke gefahren und zugleich geschossen werden könnte.

In der *Diskussion* wurde kritisiert, daß eine

ausländische Panzerabwehrwaffe angeschafft werden solle; es handelt sich bei dieser Waffe um Munition, die im Inlande hergestellt werden sollte.

Antrag wurde gestellt, das Abonnement der ASMZ beziehungsweise der welschen oder tessinischen Militärzeitschriften für die SOG-Mitglieder obligatorisch zu erklären. Die Prüfung dieses Problems, das immer wieder aufgeworfen wird, wird ergeben, ob sich diese Forderung verwirklichen läßt.

In allen Offiziersschulen sollte vermehrt für den Eintritt der jungen Offiziere in ihre Offiziersgesellschaft geworben werden.

Abschließend hielt Major Maître, Nationalrat und Mitglied des ZV, ein Referat: «Quelques considérations d'un parlementaire et d'un ancien officier d'aviation sur le rôle de celle-ci dans notre défense nationale.» In Kürze einige der darin geäußerten Gedanken: Die Flugwaffe hat einen neuen Chef; alles ist in Bewegung. Das Parlament sollte sich nicht zu sehr in die Typenwahl von Waffen einmischen, sondern die nötigen Kredite auf Grund eines Planes, welcher die möglichst beste Verwendung dieser Gelder sicherstellt, zusprechen. Der Referent wies darauf hin, daß in der ganzen Welt größter Wert auf die Polyvalenz der verwendeten Flugzeuge gelegt wird. Der «Mirage» ist ein vorzügliches Flugzeug. Die dafür notwendig gewordenen Krediterhöhungen sind weniger umfangreich, als was wir bei den Nationalstraßen erleben. Der Abbruch der ursprünglichen Hunderterserie bei 57 Stück ist widersinnig. WM

AUSLÄNDISCHE ARMEEN

NATO

Die *Gesamtstreitkräfte* der NATO angeschlossenen Länder umfassen gegenwärtig nach einem Bericht des Militärausschusses der Westeuropäischen Union (WEU) rund 5 884 000 Mann, davon 2 690 000 Amerikaner. Die Streitkräfte der WEU-Partner – England, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien – umfassen 2 194 000 Mann. Ein Vergleich der *Wehrpflichtzeit* ergibt, daß, abgesehen von den speziellen technischen Waffengattungen, die Amerikaner und Türken mit 24 Monaten am längsten dienen müssen. Es folgen Griechenland mit 21, die Niederlande, Frankreich (bisher), Westdeutschland und Portugal mit 18, Dänemark mit 16, Belgien und Italien mit 15, Norwegen mit 12 und Luxemburg mit 9 Monaten. Die englische und die kanadische Armee kennen die allgemeine Wehrpflicht nicht. Ferner geht aus dem im Haag veröffentlichten WEU-Bericht hervor, daß die USA 9,6% ihres Bruttosozialprodukts für die Verteidigung ausgeben, Großbritannien 7,1%, Frankreich 6,5%, die Bundesrepublik 5,9%, Holland 4,6% und Belgien 3,6%. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, geben die USA jährlich 282 Dollar für die Verteidigung aus, England 109, Frankreich 98, die Bundesrepublik 93, Holland 60 und Belgien 52 Dollar. Trotz einigen Fortschritten, die den deut-

schen Wünschen Rechnung tragen, hat die letzte, zweitägige Sonderkonferenz der *NATO-Verteidigungsminister* in Paris die Meinungsunterschiede in *nuklearen Fragen* nicht überbrücken können. Zu den positiven Konferenzergebnissen zählen: die Bejahung der «Vorwärtsverteidigung» nach der Forderung Bonns, die Beibehaltung der bestehenden Verteidigungskapazität, die Aufgabe des britischen Widerstandes gegen eine Unterstellung nuklearer NATO-Waffen unter den Befehl des europäischen NATO-Oberkommandierenden. Dagegen wurde keine Einigung darüber erzielt, wie die strategischen Bedürfnisse des Bündnisses mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten der einzelnen Partner in Einklang gebracht werden könnten.

An der erwähnten Konferenz erklärte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara, die Vorräte an *amerikanischen Atomsprenköpfen in Westeuropa* würden Ende 1965 doppelt so groß sein wie 1961. Diese Vorräte würden in den kommenden Monaten noch beträchtlich vergrößert werden. z

Das britische Verteidigungsministerium gab am 8. Juni den Erfolg einer großen *geheimen Luft- und Flottenübung der NATO im Kanal* bekannt. Die Übung, an der insgesamt 130 Zerstörer, Fregatten, U-Boote und Minensuchboote aus allen an die Nordsee und den Kanal

angrenzenden Ländern teilnahmen, dauerte 17 Tage. In ihrem Verlauf nahm ein Militärkonvoi britische und niederländische Truppen auf und landete sie in Norddeutschland. Die Übung soll gezeigt haben, daß die Land-, See- und Luftstreitkräfte verschiedener NATO-Staaten in höchst wirksamer Weise zusammenarbeiten könnten. z

Frankreich

Die französische Nationalversammlung stimmte am 26. Mai mit 273 gegen 185 Stimmen und bei 17 Enthaltungen der Gesetzesvorlage über die *Militärdienstpflicht* zu. Die Regierung hatte vorher zwei Abänderungsanträge gutgeheißen, von denen der eine vorsieht, daß die Dauer des Militärdienstes auf 16 Monate beschränkt wird, mit der Möglichkeit, den Dienst bereits nach 15 Monaten zu quittieren. Die zweite Änderung bezieht sich auf *Dispensationen*, welche aus sozialen und familiären Gründen jenen Dienstpflichtigen gewährt werden können, die ihre Familien unterstützen müssen, namentlich den Söhnen und Brüdern von Gefallenen. Der Staatsrat wurde beauftragt, die Dispensationsfälle abschließend zu umschreiben.

Die Pariser Zeitschrift «Revue de la Défense nationale» vertrat in einem mit «XX» gezeichneten Artikel die Auffassung, Frankreich sollte die Vorteile seiner Position als *dritte nukleare*